



## Plenarprotokoll

### 4. Sitzung

Donnerstag, 12. Januar 2017

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Gedenkwort</b>		Antje Kapek (GRÜNE) .....	138
<b>zum Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz</b> .....	106	Ergebnis .....	143
<b>Nachruf</b>		<b>2 Fragestunde</b> .....	143
<b>Berliner Ehrenbürger und Bundespräsident a. D. Roman Herzog</b> .....	106	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches</b> .....	107	<b>Umzug aus Turnhallen</b> .....	143
<b>Vom Senat ernannte Staatssekretärinnen und Staatssekretäre</b> .....	107	Ulker Radziwill (SPD) .....	143
<b>Dank an die entpflichteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre</b> ....	107	Senatorin Elke Breitenbach .....	143
<b>1 A a) Erklärung des Regierenden Bürgermeisters zum Thema „Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen.“</b> .....	108	Ulker Radziwill (SPD) .....	144
<b>b) Billigung der Richtlinien der Regierungspolitik</b> .....	108	Senatorin Elke Breitenbach .....	144
Dringliche Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache <a href="#">18/0073</a>		<b>Staatssekretär Holm</b> .....	144
Regierender Bürgermeister		Sven Rissmann (CDU) .....	144
Michael Müller .....	108	Senatorin Katrin Lompscher .....	144
Florian Graf (CDU) .....	114	Sven Rissmann (CDU) .....	144
Raed Saleh (SPD) .....	120	Regierender Bürgermeister	
Georg Pazderski (AfD) .....	123	Michael Müller .....	145
Carola Bluhm (LINKE) .....	128	Heiko Melzer (CDU) .....	145
Peter Trapp (CDU) .....	133	Regierender Bürgermeister	
Carola Bluhm (LINKE) .....	133	Michael Müller .....	145
Sebastian Czaja (FDP) .....	133	<b>Neue Plätze für die Kältehilfe</b> .....	145
		Stefanie Fuchs (LINKE) .....	145
		Senatorin Elke Breitenbach .....	145
		Stefanie Fuchs (LINKE) .....	146
		Senatorin Elke Breitenbach .....	146
		Lars Düsterhöft (SPD) .....	146
		Senatorin Elke Breitenbach .....	146
		<b>Radikalisierung von Strafgefangenen</b> .....	146
		Canan Bayram (GRÜNE) .....	146
		Senator Dr. Dirk Behrendt .....	146
		Daniel Buchholz (SPD) .....	147
		Senator Dr. Dirk Behrendt .....	147

Anne Helm (LINKE) .....	205	<b>13 Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen</b> .....	211
Holger Krestel (FDP) .....	206	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin	
Benedikt Lux (GRÜNE) .....	207	Drucksache <a href="#">18/0070</a>	
Ergebnis .....	208	Ergebnis .....	211
<b>8 A Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates – geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates – über die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Laufbahnrecht</b> .....	208	<b>14 Schutz von Polizei und Rettungskräften verbessern</b> .....	211
Dringliche Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache <a href="#">18/0074</a>		Antrag der Fraktion der CDU	
Erste Lesung		Drucksache <a href="#">18/0036</a>	
Ergebnis .....	208	Ergebnis .....	211
<b>8 B Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (AGPsychPbG)</b> .....	208	<b>15 Schlussfolgerungen aus dem DDR-Unrecht ziehen</b> .....	211
Dringliche Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache <a href="#">18/0075</a>		Antrag der Fraktion der CDU	
Erste Lesung		Drucksache <a href="#">18/0054</a>	
Ergebnis .....	208	Sven Rissmann (CDU) .....	211
<b>9 Wahl der Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz</b> .....	208	Dr. Clara West (SPD) .....	213
Wahl		Martin Trefzer (AfD) .....	214
Drucksache <a href="#">18/0071</a>		Katina Schubert (LINKE) .....	215
Ergebnis .....	208	Stefan Förster (FDP) .....	216
Beschlusstext .....	226	Stefan Gelbhaar (GRÜNE) .....	217
<b>10 Wahl der Mitglieder der G-10-Kommission des Landes Berlin</b> .....	209	Ergebnis .....	218
Wahl		<b>16 Missbilligung der Ernennung von Dr. Andrej Holm als Staatssekretär für Wohnen</b> .....	218
Drucksache <a href="#">18/0072</a>		Antrag der Fraktion der FDP	
Ergebnis .....	209	Drucksache <a href="#">18/0066</a>	
Beschlusstext .....	226	Sebastian Czaja (FDP) .....	218
<b>11 Wahl von fünf Personen zu ordentlichen Mitgliedern des Gnadenausschusses und fünf weiteren Personen zu stellvertretenden Mitgliedern des Gnadenausschusses</b> .....	210	<b>Ordnungsruf für Mario Czaja (CDU)</b> .....	219
Wahl		Sven Rissmann (CDU) .....	219
Drucksache <a href="#">18/0049</a>		Katina Schubert (LINKE) .....	220
Ergebnis .....	210	Frank-Christian Hansel (AfD) .....	221
Beschlusstext .....	227	Daniel Wesener (GRÜNE) .....	222
		Ergebnis .....	224
		<b>17 Respekt des Landes Berlin für die Regimeopfer der ehemaligen DDR</b> .....	224
		Antrag der Fraktion der CDU	
		Drucksache <a href="#">18/0058</a>	
		Ergebnis .....	224
		<b>21 Senkung der Grunderwerbssteuer für selbst genutztes Wohneigentum</b> .....	224
		Antrag der AfD-Fraktion	
		Drucksache <a href="#">18/0067</a>	
		Ergebnis .....	224

**(Vizepräsidentin Cornelia Seibeld)**

zwei Mitgliedern der AfD-Fraktion sind die Genannten so gewählt.

Wir kommen zu den Vorschlägen der AfD-Fraktion: Der Abgeordnete Andreas Wild ist als Mitglied vorgeschlagen und Herr Uwe Kasper als stellvertretendes Mitglied. Wer die von mir Genannten zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sind die Vorgeschlagenen so gewählt. – Herzlichen Glückwunsch Ihnen allen!

**Präsident Ralf Wieland:**

Tagesordnungspunkt 12 steht als vertagt auf der Konsensliste.

Ich komme nun zur

**lfd. Nr. 13:**

**Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/0070](#)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Überweisung der lfd. Nr. 2 VO-Nr. 18/027 – Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans XV-51a-1 im Bezirk Treptow-Köpenick, Ortsteil Adlershof – an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen. Ebenfalls beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Überweisung der lfd. Nr. 3 VO-Nr. 18/028 – Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans I-218 im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte – ebenfalls an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen. Ebenfalls bitten die Grünen um die Überweisung der lfd. Nr. 4 VO-Nr. 18/029 – Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans XV-511 im Bezirk Treptow-Köpenick, Ortsteil Adlershof – an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen. Ebenfalls von der Fraktion der Grünen der Wunsch nach Überweisung der lfd. Nr. 5 VO-Nr. 18/030 – Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans I-62a im Bezirk Mitte, Ortsteil Moabit – ebenfalls an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen. Abschließend ebenfalls auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen die Überweisung der lfd. Nr. 6 VO-Nr. 18/031 – Verordnung über die Bebauungsplans II-201db im Bezirk Mitte, Ortsteile Mitte und Moabit – ebenfalls an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen.

Von der weiteren Verordnung hat das Haus hiermit Kenntnis genommen.

Ich rufe auf

**lfd. Nr. 14:**

**Schutz von Polizei und Rettungskräften verbessern**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache [18/0036](#)

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Es wird die Überweisung federführend an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung und mitberatend an den Ausschuss Inneres, Sicherheit und Ordnung, Digitale Verwaltung, Datenschutz, Informationsfreiheit und zur Umsetzung von Artikel 13 Abs. 6 GG sowie § 25 Abs. 10 ASOG empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht, dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

**lfd. Nr. 15:**

**Schlussfolgerungen aus dem DDR-Unrecht ziehen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache [18/0054](#)

In der Beratung beginnt die Fraktion der CDU. Herr Kollege Rissmann, Sie haben das Wort. – Bitte schön!

**Sven Rissmann (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Regierender Bürgermeister! Vor mehr als vier Wochen haben Sie Herrn Holm zum Staatssekretär für Wohnen in Ihrem neuen Senat ernannt. Sie haben dies getan, obwohl Sie zu diesem Zeitpunkt wissen konnten, wissen mussten, dass Herr Holm nach vorliegenden, unwidersprochenen, unwiderlegten Papieren und Aufzeichnungen Mitarbeiter der Stasi war. Sie haben dies getan, obwohl Sie zu diesem Zeitpunkt wissen konnten und wissen mussten, dass Herr Holm bei seinem letzten Arbeitgeber, der Ihnen fachlich unterstellten Humboldt-Universität zu Berlin, bei seiner Bewerbung falsche Angaben hinsichtlich dieser früheren Stasi-Tätigkeit gemacht hatte. Kurz: Sie haben wissen müssen, Sie haben gewusst, dass er dort die Unwahrheit gesagt hat, dass er dort die Unwahrheit angegeben hat. Sie haben das getan, obwohl Sie zu diesem Zeitpunkt wissen konnten, dass Herr Holm eine Belastung für diesen Senat, für diese Regierung und eine Zumutung für unsere gesamte Stadt werden würde.

[Beifall bei der CDU und der AfD]

Sie haben dies getan, obwohl Sie zu diesem Zeitpunkt wissen konnten, dass diese Ernennung ein Schlag in das Gesicht all derer sein würde, die die Erinnerung an das menschenverachtende Unterdrückungssystem der Staatsicherheit bis heute als Trauma empfinden und deren Leid durch diese zweite deutsche Diktatur eben nicht, auch nicht nach 27 Jahren, vergessen und verschmerzt ist.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Trotz alledem haben Sie, Herr Müller, das getan. Deshalb, Herr Regierender Bürgermeister, ist das auch Ihr

**(Sven Rissmann)**

Staatssekretär. Es ist Ihr Fehler, Ihr Versagen. Deshalb, Herr Müller, weil Sie das alles hätten wissen können, wissen mussten oder wussten, werden Sie auch an Ihre Verantwortung erinnert. Sie werden von uns so lange daran erinnert, bis Sie diese Entscheidung, diesen Fehler, diese Schmach korrigiert haben werden.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Glauben Sie, Herr Regierender Bürgermeister, eigentlich im Ernst, dass nach all diesen sukzessiven Erinnerungsbruchstücken und Lebenslaufanpassungen noch irgendeine Vertrauensbasis und Grundlage für eine sinnstiftende Zusammenarbeit zwischen Herrn Holm und Vertretern dieses Parlaments oder zwischen Herrn Holm und Ansprechpartnern aus seinem Ressort, Investoren oder gar den Wohnungsbaugesellschaften, aufgebaut werden könnte? Einmal ganz abgesehen von der Tatsache, dass Herr Holm offenbar wiederholt Hausbesetzungen als „nach wie vor zeitgemäß“ befand? Diese böten eine Reihe von „Vorteilen im Vergleich zu anderen Formen der politischen Intervention“. – Ist das Ihre Meinung, Herr Regierender Bürgermeister, über Wohnungsbaupolitik und über politische Auseinandersetzungen in unserer Stadt?

[Zurufe von der CDU]

Herr Müller! Nehmen Sie diese Ernennung zurück!

[Mario Czaja (CDU): Der schreibt gerade! –  
Florian Graf (CDU): Er googelt!]

Ziehen Sie diesen Staatssekretär zurück! Entlassen Sie ihn! Verstecken Sie sich nicht länger hinter dem Prüfauftrag der Humboldt-Universität! Diese Prüfung arbeitsrechtlicher Konsequenzen – egal, wie sie ausgeht – kann Sie nicht entlasten. Das ist eine politische Entscheidung, die Sie zu treffen haben werden, die Sie treffen müssen und die längst überfällig ist.

[Georg Pazderski (AfD):  
Richtig, genau so ist es!]

Es ist Ihre Entscheidung und nicht die Entscheidung von Frau Lompscher. Frau Lompscher hat Ihnen diese Personalie eingebrockt und zwischen den Zeilen bereits klargemacht – deutlich sekundiert von Ihrem Nachbarn, Herrn Lederer –, dass sie keinen Anlass für einen Rückzieher sieht. Deshalb stellen wir heute diesen Antrag. Herr Regierender Bürgermeister! Wir fordern den Senat auf, keine Personen, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR, dem Unterdrückungsapparat der zweiten deutschen Diktatur, zusammengearbeitet haben, in Positionen der Regierung zu entsenden.

Dass ich einmal an den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen – also den aktuellen Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen – oder gar an die rot-rote Landesregierung Brandenburgs erinnern und sie als Kronzeugen für meine Position benennen muss, hätte ich mir nicht träumen lassen.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Aber das, was dort klarer Grundsatz der Koalitionsvereinbarung und Überzeugung der Staatskanzlei in Brandenburg ist, muss offenbar hier gegen einen zaudernden Regierenden Bürgermeister eines Linksbündnisses erst hart erkämpft werden. Die amtierende Koalition in Thüringen aus der Linken, der SPD und den Grünen hat in ihrem Koalitionsvertrag im Dezember 2014 verschiedene Schlussfolgerungen aus dem DDR-Unrecht tatsächlich gezogen und auch verabredet. Dort ist das eindeutig geregelt – Zitat –:

Die Koalition wird keine Personen, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet haben, in Positionen dieser Regierung entsenden.

Eine Causa Holm hätte es auch in Brandenburg nicht gegeben. Bevor dort eine Besetzung in solche Ämter erfolgt, erfolgt auch eine Regelanfrage bei der Stasi-Unterlagen-Behörde. Der Regierungssprecher Brandenburgs – Ihres sozialdemokratischen Genossen – Herr Florian Engels sagt:

Wird eine Zusammenarbeit dabei festgestellt, ist eine Besetzung nicht möglich.

Diese Klarheit ist für Berlin endlich und dringend notwendig.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Die neue Berliner Koalition aus den drei linken Parteien hat auf eine solche oder in der Sache vergleichbare und in Berlin dringend notwendige Vereinbarung verzichtet. Es ist genauso selbstverständlich wie dringend erforderlich, dass auch in Berlin in der Personalauswahl der Berliner Landesregierung der geschichtsvergessene Umgang mit der DDR-Diktatur revidiert wird. Dieses Linksbündnis ist aktuell dabei, den gesellschaftlichen Kompass in unserer Stadt zu verschieben.

Herr Müller! Sie haben am Dienstag im Rahmen Ihrer Pressekonferenz davon gesprochen, dass Sie hinsichtlich der Personalie Holm mit sich ringen. Auf was warten Sie? Absolution wird Ihnen nicht zuteil werden, solange Herr Holm im Amt ist und solange Sie die Büchse der Pandora, die Sie mit Ihrer selbstgerechten Art der Besetzung eines Staatsamtes eigenwillig geöffnet haben, nicht wieder schließen. Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht! Beenden Sie Ihr Schweigen! Sie dienen mit diesem weder der Aufklärung noch der politischen Hygiene. Unserem Antrag zuzustimmen, wäre ein Anfang auf dem Weg dieser Einsicht.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Dr. West das Wort.

**Dr. Clara West (SPD):**

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken! Mit was für einer öffentlichen Reaktion haben Sie eigentlich gerechnet, als Sie Andrej Holm, der für das Ministerium für Staatssicherheit tätig war, zum Staatssekretär ernannt haben?

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –  
Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Man kann durchaus der Meinung sein, dass eine formale Zugehörigkeit zum MfS fast drei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution keine ausschlaggebende Rolle bei der Besetzung eines öffentlichen Amtes spielen darf, besonders angesichts des jugendlichen Alters des Betroffenen. Man kann sogar zu der Bewertung kommen, dass eine falsche Angabe in einem Fragebogen aus dem Jahr 2005 kein K.o.-Kriterium mehr sein muss. Aber wenn Sie das so sehen, warum haben Sie nicht genau diese Haltung vor der Ernennung offensiv vertreten? Warum haben Sie Andrej Holm nicht dabei geholfen, mit allen Punkten der Vergangenheit vorher reinen Tisch zu machen? Haben Sie das Risiko gescheut? Denn ein gewisses Risiko bestand natürlich. Klar, am Ende einer solchen offenen Debatte, die man vorher führt, hätte das politische Ergebnis stehen können, dass man zu dem Schluss kommt: Nein, es geht nicht. – Aber wie heißt es so schön: Wer sich nicht in Gefahr begibt, der kommt darin um.

Vielleicht waren Sie sich des Risikos nicht bewusst, vielleicht war Ihnen das egal.

[Mario Czaja (CDU):  
Herr Müller hat das beschließen lassen!]

Vielleicht haben Sie auch gedacht: Wir machen das, weil wir das können, und wir zeigen einfach mal, was wir uns da trauen. – Oder sind Sie von einem stillschweigenden Konsens ausgegangen? Das wäre angesichts der Tatsache, dass sich Ihr Parteikollege Bodo Ramelow in Thüringen dafür abfeiern lässt, dass er eine Ausschlussklausel in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat, ja wohl eine krasse Fehleinschätzung.

Was auch immer Ihr Kalkül gewesen sein mag, es ist nicht aufgegangen. Jetzt ist der politische Schaden da, und er ist erheblich – ganz egal, ob Andrej Holm Staatssekretär bleibt oder nicht. Jetzt wollen Sie das Ganze von der dienstrechtlichen Entscheidung abhängig machen und drücken sich damit vor der politischen Verantwortung.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und den Grünen –  
Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

In diesem Fall keine politische Entscheidung mehr fällen zu wollen, liebe Linkspartei, das ist erstens auch eine politische Entscheidung und zweitens eine schlechte. Im Übrigen: Ob das der richtige menschliche Umgang mit

Andrej Holm ist, der im Moment sehr viel einstecken muss, das müssen Sie mit sich ausmachen.

Die eigentlich notwendige Debatte über den Umgang mit der Vergangenheit, die nicht vergessen und nach meiner Überzeugung auch noch nicht vergangen ist, wird so jedenfalls nicht befördert. Gott sei Dank gibt es Menschen, denen diese Debatte wichtig ist. Stellvertretend für alle möchte ich Wolfgang Thierse für seinen Aufruf zur Sachlichkeit und Peter Neumann für seine erfahrene Einschätzung und seine klare Positionierung danken.

[Beifall bei der SPD und der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Wir haben in diesem Parlament oft genug bewiesen, dass wir sehr wohl zu einem angemessenen Umgang mit der Vergangenheit in der Lage sind. Wir nehmen unsere Verantwortung gegenüber den Opfern ernst. Die erwarten nämlich etwas anderes als Freifahrtscheine, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Sie erwarten mit Recht Anerkennung. Sie haben Anspruch auf eine angemessene Auseinandersetzung und eine begründete Haltung zu dem, was damals passiert ist. Vergebung und Versöhnung kann es nur zwischen Tätern und Opfern geben, und das setzt einen gemeinsamen Prozess voraus, den ich im Moment in der Debatte um Herrn Dr. Holm wenig erkennen kann. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit den Folgen eigenen Handelns.

Wer bestimmt eigentlich, ab wann man mit der Vergangenheit entspannter umgehen kann? Was kann man generell oder nur individuell bewerten? Welche Kriterien setzen wir heute an? Wer bestimmt, dass niemand geschadet wurde oder dass etwas nicht so schlimm war? – Nun entscheidet also die Humboldt-Universität darüber, ob Andrej Holm im Amt bleibt oder nicht. Damit ist der Antrag der CDU eigentlich hinfällig. Es ist daher schlichtweg vernünftig, ihn heute nicht abzustimmen. Es kann uns als Parlament und als Gesellschaft ohnehin keine Entscheidung der Humboldt-Universität von der Pflicht entbinden, uns mit einer solchen Frage auseinanderzusetzen.

[Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN,  
der AfD und der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Ich hoffe sehr, dass wir – und damit meine ich auch die Koalition – uns in Zukunft diesen Fragen stellen und gute Lösungen finden. Selbst unter denjenigen, die unter dem DDR-Regime leiden mussten, gehen die Einschätzungen übrigens sehr weit auseinander. Es gibt viele, die für einen versöhnlichen Umgang plädieren, aber es gibt eben auch diejenigen, für die es unvorstellbar ist und die es als Hohn empfinden, wenn ehemaligen Stasi-Mitarbeitern der Weg in die öffentlichen Ämter geebnet wird. Es gibt keinen Weg und keine Lösung, die daran vorbeiführen, sich diesen Gegensätzen zu stellen. Der eine oder andere vereint sie sogar in sich selbst. – Herzlichen Dank!

[Anhaltender Beifall bei der SPD,  
der CDU, der AfD und der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und  
den GRÜNEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Danke schön! – Für die AfD-Fraktion jetzt der Kollege Trefzer.

**Martin Trefzer (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die AfD-Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion. Der Eiertanz um Andrej Holm ist ein beschämendes Armutszeugnis für die Geschichtspolitik der neuen rot-rot-grünen Koalition, ihr Festhalten an seiner Ernennung zum Staatssekretär ein Schlag ins Gesicht der Opfer des DDR-Unrechts.

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Kurt Wansner (CDU)]

Nach Freigabe der Stasi-Akte ist unstrittig, dass Dr. Holm sich seiner bevorstehenden und angestrebten Stasi-Karriere in vollem Umfang bewusst war. Darüber hinaus hat er in seinem Personalfragebogen an der Berliner Humboldt-Universität den Sachverhalt falsch dargestellt. Daraus hat der Senat und an der Spitze der Regierende Bürgermeister nun die Konsequenzen zu ziehen.

Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, Herr Regierender Bürgermeister, dass 70 Jahre nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD und 55 Jahre nach dem Bau der Mauer ausgerechnet unter sozialdemokratischer Führung in Berlin ein ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter der Staatssicherheit Staatssekretär werden soll.

[Beifall bei der AfD –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Sie laufen wie ein Elefant durch den erinnerungspolitischen Porzellanladen dieser Stadt und zerschlagen mit Ihrer Unentschlossenheit und Ihrem Wankelmut immer neues Porzellan. Für Sie ist der Fall „noch nicht entschieden“, liest man, Sie „ringen noch mit sich“. Ja, was muss denn noch passieren, damit Sie sich entscheiden, Herr Müller? Es gibt neben Koalitionsraison auch so etwas wie eine historische Verantwortung für diese Stadt.

[Beifall bei der AfD und der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Hier zieht der Antrag der CDU-Fraktion unseres Erachtens die richtige Konsequenz aus der Staatssekretärsposse. Mehr noch als der eher ad personam gerichtete Antrag der FDP-Fraktion zielt der CDU-Antrag auf die grundsätzliche Frage des Umgangs mit dem DDR-Unrecht. Es kann in der Tat nicht sein, dass in Berlin ehemalige Mitarbeiter des DDR-Sicherheits- und Überwachungsapparates hohe Funktionen in der Landesverwaltung einnehmen, während dies in Thüringen selbst unter einem Minister-

präsidenten der Linken oder in Brandenburg in einer rot-roten Regierung ausgeschlossen ist. Deswegen halten wir es für richtig, hier ganz klar – wie von der CDU eingebracht – eine Unvereinbarkeit durch Parlamentsbeschluss verbindlich zu regeln.

Mehr noch, als die Koalition vielleicht glauben mag, ist die Personalie Holm zu einem Lackmest für die Aufrichtigkeit des Senats im Umgang mit dem Erbe des DDR-Unrechts geworden. Der Koalitionsvertrag glänzt hier neben ein paar unverbindlichen Lippenbekenntnissen durch beredtes Schweigen oder weichgespülte Allgemeinplätze. Im entsprechenden Absatz zur Erinnerungspolitik auf Seite 117 der Koalitionsvereinbarung heißt es unter anderem, ich zitiere:

Die Koalition will zum kritischen Nachdenken anregen und die Erinnerung aufrechterhalten an die Zeit des Nationalsozialismus, an die Geschichte des geteilten Berlins während des Kalten Krieges und auch an Berlins koloniale Vergangenheit als Hauptstadt des Deutschen Reiches.

Merken Sie etwas, meine Damen und Herren? Die Koalition will zum Nachdenken über die Zeit des Nationalsozialismus als Ganzes anregen, aber nicht etwa über die DDR-Diktatur oder das DDR-Unrecht als Ganzes, sondern über die Geschichte des geteilten Berlins während des Kalten Krieges. Das macht auch den unvoreingenommenen Beobachter stutzig. Wenn man dann liest, dass die Stasi-Zentrale in der Normannenstraße zu einem so genannten Campus für Demokratie umgemodelt werden soll oder das ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße zu einem außerschulischen Lernort aufgebaut werden soll, statt unter das bewährte Dach der Gedenkstätte Hohenschönhausen gestellt zu werden, kommt man vollends ins Grübeln. Die Berliner können nur hoffen, dass mit Kultursenator Lederer neben dem Baustaatssekretär nicht auch in der Gedenkstättenpolitik der Bock zum Gärtner gemacht wurde.

[Beifall bei der AfD –  
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Aber es mag sein, vielleicht sehen wir hier auch zu schwarz, und Sie entwickeln gerade auf diesem Feld Fortüne, um uns das Gegenteil zu beweisen. Im Interesse der Opfer der DDR-Diktatur und der Erinnerung an sie wäre es zu hoffen.

Auch wenn das für die Koalition im ersten Augenblick abwegig erscheinen mag: Nutzen Sie die Affäre Holm, um Ihre geschichtspolitische Geisterfahrt in Sachen DDR-Unrecht zu korrigieren. Begreifen Sie die Debatte, die wir hier heute führen, auch als Chance, noch einmal einen zweiten Blick auf Ihre geschichtspolitischen Vorhaben im Koalitionsvertrag zu werfen und dann vielleicht zu sagen, hier haben wir uns nicht klar genug ausgedrückt oder hier müssen wir uns korrigieren. Die Rede von Frau Dr. West hat gezeigt, dass dies möglich ist. Dann, aber

**(Martin Trefzer)**

nur dann, hätte die Affäre Holm auch ihr Gutes gehabt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Holger Krestel (FDP) und  
Kurt Wansner (CDU)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke Frau Schubert!

**Katina Schubert (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich mit dem Antrag der CDU auseinandersetzen. Er verlangt, dass keine Person, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet hat, in Positionen der Regierung entsandt werden dürfe. Das ist sehr weitreichend.

[Heiko Melzer (CDU): Wörtlich abgeschrieben! –  
Sven Rissmann (CDU):Thüringen!]

Das Sicherheitssystem der DDR war weit mehr als das Ministerium für Staatssicherheit. Dazu gehörten die Polizei, die Armee, die Betriebskampfgruppen. Der Gedanke repressiver Herrschaftssicherung zog sich durch den gesellschaftlichen Aufbau der DDR insgesamt, von der FDJ bis in jeden Betrieb. Und der Antrag ist einseitig. Schlussfolgerungen ziehen heißt nämlich auch, sich mit den Strukturen der DDR kritisch auseinanderzusetzen, zu ergründen, mit welchen Mechanismen die Staatssicherheit die Gesellschaft durchdrungen hat, mit welchen Methoden sie Menschen zur Mitarbeit gebracht hat.

[Mario Czaja (CDU): Ihre Dialektik ist unverschämt den Opfern gegenüber! –  
Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

– Gut, das nehme ich zur Kenntnis! Ich würde Sie trotzdem bitten, jetzt zuzuhören. Das habe ich nämlich bei Ihrem Beitrag auch getan – und zwar sehr genau!

[Sebastian Czaja (FDP): Macht er ja, sonst hätte er den Zwischenruf nicht machen können! –  
Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der CDU  
und der AfD]

**Präsident Ralf Wieland:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bisher, glaube ich, die Debatte sehr sauber geführt. Belassen wir es dabei!

**Katina Schubert (LINKE):**

Schlussfolgerungen zu ziehen heißt auch zu begreifen, dass die Herrschaftspraxis des real existierenden Sozialismus nach dem Freund-Feind-Schema, nach dem Prinzip von schwarz oder weiß funktionierte, ein Prinzip, das wir in einer parlamentarischen Demokratie nicht anwen-

den sollten. Ein großes Verdienst der Bürgerkomitees in den Wendewochen 1989/1990 und den folgenden Jahren war es, die Vernichtung der Stasi-Akten verhindert zu haben und einen Prozess der Aufarbeitung von Unrecht, Repression und Bespitzelung durch das MfS gegenüber vielen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern in Gang gesetzt zu haben. Das war damals nicht widerspruchlos. Das Stasi-Unterlagengesetz war bis in die Reihen der CDU zunächst umstritten. Der Prozess der Aufarbeitung war zutiefst schmerzhaft für die Opfer von Zersetzung und Bespitzelung. Viele mussten erfahren, dass sie von nahen Angehörigen oder Freunden verraten wurden. Es war auch für diejenigen schmerzhaft, die erkennen mussten, was für einem Apparat sie gedient haben. Ich kann nachvollziehen, dass es für diejenigen eine Zumutung ist, dass jetzt ein Mann mit Stasi-Vergangenheit in ein Regierungsamt gekommen ist, dennoch sage ich: Aufarbeitung funktioniert nicht nach dem Gut-Böse-Schema.

Heute wissen wir, dass es sehr unterschiedliche Formen von Stasi-Mitarbeit gab, freiwillige von Menschen, die glaubten, damit dem Sozialismus oder der Sicherheit des Staates zu dienen, erzwungene, erpresste Mitarbeit. Es gab inoffizielle Mitarbeiter, die selbst bespitzelt wurden und später zu Opfern wurden. Es gab unglaubliche Verdängungsleistungen, sodass sich manche Menschen tatsächlich nicht mehr erinnerten, was sie einst als Verpflichtungserklärung unterschrieben haben.

[Lachen bei der CDU und der AfD]

– Ich würde darüber nicht lachen! Fragen Sie einmal in Ihren eigenen Reihen nach! Niemand von den Parteien hier, der aus der DDR kommt, ist ganz sauber. Gucken Sie in die Vergangenheit, und dann seien Sie sehr vorsichtig mit Ihren Ausfällen!

[Oh! und Lachen bei der CDU und der AfD –  
Stefan Franz Kerker (AfD): Unglaublich!]

Natürlich gab es auch diejenigen, die es genossen haben, Macht auszuüben und andere zu unterdrücken, und es gab noch viele Zwischenformen. Schlussfolgerungen aus dem DDR-Unrecht zu ziehen heißt auch, nicht auf Pauschalverurteilungen abzielen, sondern den Einzelfall zu betrachten.

[Zuruf von Dr. Gottfried Ludewig (CDU)]

Und damit komme ich zu Andrej Holm. Er war 18 Jahre alt, als er zur Stasi kam. Er wollte die Laufbahn des MfS-Offiziers antreten. Daraus hat er nie einen Hehl gemacht und sich 2007, als er weit davon entfernt war, irgendetwas in Sachen Regierung machen zu wollen, in der „taz“ dazu öffentlich erklärt. Er hat sich gegenüber den Angehörigen der DDR-Opposition offenbart. Das hat die „telegraph“-Redaktion noch mal sehr deutlich klargemacht. Diverse Experten haben bezeugt, dass Andrej Holm persönlich keine Schuld auf sich geladen hat.

**(Katina Schubert)**

[Lachen bei der AfD –  
Zurufe von Dr. Gottfried Ludewig (CDU)  
und Marcel Luthe (FDP)]

Heißt das für die CDU, dass er trotzdem einer Kollektivschuld unterworfen ist? Schlussfolgerungen ziehen heißt auch, die Aufarbeitung voranzutreiben. Den Campus der Demokratie in der Normannenstraße auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale weiter auszubauen, das ist doch nichts Lachhaftes, das ist doch eine gute Sache, wenn man daraus lernt, was alles schiefgegangen ist in der Stadt Berlin während der DDR-Zeit. Wichtige Institutionen wie die Robert-Havemann-Gesellschaft sollen weiter unterstützt werden. In zwei Jahren werden wir den 30. Jahrestag der friedlichen Revolution begehen. Auch das ein Anlass, den Stand, die Klippen von Aufarbeitung und Schlussfolgerungen für ein demokratisches Gemeinwesen zu überprüfen. Das will, das muss die Koalition leisten. Aber die Koalition kann nicht hingehen und Leute nach Schema F verurteilen und ihnen die Existenz nehmen. Das ist, glaube ich, kein sinnvoller Weg. – Danke!

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Förster das Wort.

**Stefan Förster (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Frau Schubert! Ich wollte eigentlich einen anderen Einstieg wählen, weil ich glaubte, wir hätten vorher, auch über die Fraktionsgrenzen hinweg, einen Konsens und eine ernsthafte Debatte gehabt, wie man mit dem Thema umgeht. Wenn ich aber jetzt höre, was Sie gesagt haben – tut mir leid, da zieht es einem die Schuhe aus! Wenn das ein SED-Opfer vor dem Fernseher hört, das kippt um. So geht es nicht!

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir reden hier in dieser ganzen Debatte beileibe nicht von irgendwelchen Leuten, die mal peripher durch die Tür beim Ministerium für Staatssicherheit geguckt hätten und wieder rausgegangen wären. Wir reden von Leuten, die sich wissentlich und willentlich entschieden haben, für das Ministerium für Staatssicherheit zu arbeiten, hauptamtlich oder inoffiziell. Da kann man dann auch keine Erinnerungslücken geltend machen, wenn man einen so wichtigen Teil seiner Biografie vor Augen hat. Das geht nicht!

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

Das ist im Übrigen leider auch die Debatte, die uns bald wieder Jahrzehnte zurückführt, weil wir sie seit 1990 beständig führen, Ihretwegen leider auch beständig führen müssen. Wir sind immer wieder am Anfang, gerade

eben auch, weil die Linke es in weiten Teilen nicht für nötig hält, diese Debatten einmal abschließend zu führen.

Wir haben das Problem nicht nur in den Landesregierungen, bzw. in den Landesregierungen wurde es teilweise auch umschifft – auf Brandenburg und Thüringen wurde verwiesen. Aber in Brandenburg und Thüringen, auch das gehört zur Wahrheit, hat man dann eben die Stasi-belasteten Abgeordneten gerade bei der Linken in den Landtagsfraktionen. Das geht genauso wenig, darauf möchte ich ganz klar hinweisen.

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

In Thüringen sichern die Stasi-belasteten Abgeordneten die Mehrheit von Rot-Rot-Grün, die dort recht knapp ist. In Brandenburg saßen sie in der vorherigen Legislaturperiode sogar noch an den Schaltstellen der Macht. Sieben Fälle allein sind dort bei der Überprüfung auf Staatssicherheit herausgekommen. Es waren weiß Gott keine Hinterbänkler, sondern prominente Leute wie die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser, der Landesvorsitzende Thomas Nord, die Landtagsvizepräsidentin Gerlinde Stobrawa, Hans-Jürgen Scharfenberg, der seit 20 Jahren auch die Potsdamer Kommunalpolitik für seine Ideen in Geiselhaut nimmt, oder Heinz Vietze, der langjährige parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion der Linken, der noch im September 1989 auf einer Tagung der SED-Kreisleitung in Potsdam erklärte – ich zitiere:

Wenn der Gegner sich zum direkten Kampf in seinem Schützengraben gegen uns erhebt und scharf zielt und alles einsetzt, worüber er verfügt, dann muss in der Deutschen Demokratischen Republik in diesem Schützengraben die Diskussion über das letzte Flugblatt oder die letzte Schützengrabenzeitung aufhören, sondern wir müssen darüber reden, wer zielt auf diesen Gegner, und zwar mit Kampfkraft, mit klassenmäßiger Position.

Wer so etwas äußert, ist eine Schande für jedes Parlament, es tut mir leid.

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

Deswegen will ich auch gerne den Vorschlag der Kollegin Kapek von heute Morgen aufgreifen. Selbstverständlich muss es auch hier im Abgeordnetenhaus in dieser Legislaturperiode wieder eine Stasi-Überprüfung geben. Das ist, wie in früheren Legislaturperioden, notwendig. Es muss ein Ehrenrat eingesetzt werden; der kann sich differenziert mit diesen Positionen auseinandersetzen und dann auch zu Beurteilungen kommen. Aber: Die Wählerinnen und Wähler, die uns alle hierher geschickt haben, haben ein Recht darauf zu erfahren, wer hauptamtlich oder inoffiziell, wissentlich und willentlich für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet hat. Deswegen sollten wir nicht lange zögern, sondern zu einer der nächsten Sitzungen diesen interfraktionellen Antrag vorlegen. Es ist unsere Pflicht als Parlament, hier für Transparenz zu sorgen,

**(Stefan Förster)**

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

gleichzeitig das auch allen Bezirksverordnetenversammlungen zu empfehlen. Mein Heimatbezirk Treptow-Köpenick macht das seit 1990. Die Linken machen da immer zähneknirschend mit, unterzeichnen wollen sie den Antrag dann aber auch nicht. Aber immerhin gibt es dort auch Ergebnisse, über die man diskutieren kann. Viele andere Bezirke weichen dem aus. Es würde im Übrigen, das darf ich an der Stelle ebenfalls anmerken, auch den Bezirksverordnetenversammlungen im ehemaligen Westteil der Stadt gut anstehen, das einmal zu überprüfen, denn wir wissen, dass auch in West-Berlin eine hohe Stasi-Dichte vorhanden war,

[Beifall bei der FDP]

auch in der Verwaltung, in der Polizei- und den Senatsverwaltungen und anderswo. Auch das ist beim Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur noch eingehender zu untersuchen. In diesem Bereich gibt es sehr wenige Hinweise.

Dann bitte ich ausdrücklich darum, Ausstellungen z. B. der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Anspruch zu nehmen, die uns regelmäßig anschreibt. Das kann in jedem Bezirk gemacht werden; in jedem Rathaus, in jeder Senatsverwaltung können solche Ausstellungen gezeigt werden. Auch hier gibt es immer noch Bezirke, die da sehr zögerlich sind.

Alles in allem, und das ist an der Stelle auch mein Fazit, weil die Uhr gleich abläuft: Wir können es nicht dabei belassen, uns nur auf die Landesregierung zu konzentrieren. Die Kritik des Kollegen Rissmann – alles richtig, vollkommen nachvollziehbar. Herzlichen Dank auch an die Kollegin Dr. West, die das sehr couragiert vorgetragen hat, da viele Leute aus der SPD ja gerade über die Wendezeit und die Bürgerrechtsbewegung in die Politik gekommen sind. Es muss aber für uns als Liberale klar sein: Wir wollen keine Senatoren, keine Abgeordneten, die in irgendeiner Form Stasi-belastet sind. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jetzt der Kollege Gelbhaar.

**Stefan Gelbhaar (GRÜNE):**

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Bereits in seiner Erklärung zu den Richtlinien der Regierungspolitik hat der Regierende Bürgermeister heute zu Recht darauf hingewiesen: Das vorliegende Thema ist auch und gerade fast 27 Jahre nach der Wiedervereinigung 1990 aktuell und in der gesellschaftlichen Debatte. Diese Debatte fordern und fördern wir als Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist uns wichtig, aus unserer Ge-

schichte heraus, aus unserem Selbstverständnis als Bürgerrechtspartei heraus. Wir haben deswegen auch im Koalitionsvertrag verankert, dass wir als Rot-Rot-Grün vor allem den Dialog mit den Opfern von DDR-Unrecht suchen und gestalten wollen, dass wir diesen Dialog als Gesellschaft brauchen. Vielleicht ist es für uns als Bündnis 90/Die Grünen ein Stück weit darüber hinaus auch unsere Rolle, dabei im Gespräch mit unseren verschiedenen Partnern und Mitstreiterinnen und Mitstreitern einen nächsten Schritt zu definieren. Es wird kein Schlussstrich sein, das ist klar, den wird es nicht, den kann es nicht geben,

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Aber es könnte ein nächster Schritt nötig sein im Rahmen der Aufarbeitung, auch der Aussöhnung. Die Wunden bei den Opfern kann das nicht heilen, aber es kann helfen, für das Auskommen miteinander bessere Lösungen zu finden.

Die Gesellschaft, die dieses eigentlich hätte leisten müssen, die DDR-Gesellschaft, gibt es nicht mehr. Die Menschen in der DDR haben 40 Jahre lang eine Diktatur erlebt und ertragen, bevor 1989 das Land reformiert und freie Wahlen 1990 in der DDR erreicht wurden, die dann zur Vereinigung und damit auch zum Ende der ostdeutschen Gesellschaft geführt haben. Also sind es jetzt die Bundesrepublik und dort insbesondere die fünf neuen Bundesländer und Berlin, die in der Pflicht stehen, diese gesellschaftliche Auseinandersetzung weiter zu entwickeln, diese nächste Stufe der Aufarbeitung zu skizzieren, zu beschreiben und zu nehmen. Das gilt gerade auch in Berlin.

Dabei sind wir mitnichten die Einzigen, die sich solchen Fragen stellen müssen. In Polen, Tschechien, Litauen, Ungarn – überall stellen sich diese Fragen, und jeweils gibt es nicht die eine Antwort, wie dieser Antrag hier behauptet. Auch der Koalitionsvertrag in Thüringen setzt vor und nach dem hier zitierten Satz weitere wesentliche und wichtige Sätze, die hier fehlen.

Zum Anlass des Antrags. Der ganze Vorgang hat zwei Teile. Der vorliegende Antrag thematisiert nur den ersten. Der Antrag fordert, dass kein Mitarbeiter des Sicherheitsapparats der DDR der Regierung angehören darf. Unabhängig davon, dass der Antrag überdehnt gefasst ist, stellt sich die Frage, ob ein 18-Jähriger nach über 25 Jahren allein wegen einer kurzen Zugehörigkeit zur Stasi nicht in der politischen Exekutive mitarbeiten darf. Das ist in dieser Pauschalität problematisch. Dabei möchte ich gerne beispielsweise auf den Artikel von Johannes Eisenberg in der gestrigen Ausgabe der „taz“ hinweisen. Er hat dabei die Schuldfrage insbesondere von jungen Heranwachsenden thematisiert und damit einen sehr nüchternen, juristischen Blick in dieser hochpolitischen Debatte gewagt und Maßstäbe herangezogen, wie sie in der Bundesrepublik bei der Bewertung von Schuld und Folgen

**(Stefan Gelbhaar)**

standardmäßig seit Jahrzehnten angelegt werden. Das ist, und das sage ich dazu, wahrlich nicht der einzige Maßstab in dieser Frage, aber ein notwendiger Blickwinkel, denn eine Entscheidung gemäß diesem vorliegenden Antrag würde beinhalten, dass ohne Ansehung der Person, ohne Differenzierung, völlig pauschal Menschen mit einer zudem sehr kurzen ostdeutschen Biografie nicht mehr in einer Regierung mitmachen dürften. Das ist so falsch.

Als Bündnisgrüne wollen und werden wir differenzieren. Es ist schwer, sich in einer Diktatur aufzulehnen, dadurch Unrecht an sich selbst oder nahestehenden Dritten zu riskieren. Es ist leichter, sich anzupassen. Es ist sogar möglich, an eine Diktatur geglaubt zu haben. Heute sind die Anpasser und Mitmacher gefordert, über genau diese ihre Rolle zu reflektieren. Ich persönlich hatte das Glück, als Kind in so etwas nicht einbezogen zu sein, keine solchen Entscheidungen treffen zu müssen. Es ist heute leichter, über die zu richten, die damals nicht aufgestanden sind, die sich anpassten oder gar mitmachten. Dem muss sich Andrej Holm stellen. Und ich sage auch, dass mir einige seiner Äußerungen in den letzten Wochen dabei unverständlich sind und dass Andrej Holm und auch die Fraktion Die Linke hier besonders in der Verantwortung sind.

Damit sind wir beim zweiten Teil des Vorgangs. Das betrifft den Umgang mit der eigenen Vergangenheit, wohlgermerkt mit der eigenen, nicht mit der gesammelten Vergangenheit eines Staates. Dazu sagt der thüringische Koalitionsvertrag ebenso deutlich, dass mit allen, die in der DDR Schuld auf sich geladen haben, die Schuld aber eingestehen, bekennen und ihren Beitrag zur Aufarbeitung leisten wollen, dass mit all diesen zusammengearbeitet wird.

Ich will und ich werde jetzt nicht der Erklärer, der Ankläger oder gar der Verteidiger von Andrej Holm sein. Dazu gibt es in meiner Fraktion übrigens sehr unterschiedliche Auffassungen. Es ist aber schwierig, anhand einer Personalie den weiteren Umgang mit systematischem Unrecht in der DDR klären zu wollen. Deswegen sage ich auch: Dieser Antrag wird dem Thema nicht gerecht. Er wird den betroffenen Menschen aus den beschriebenen und weiteren Gründen nicht gerecht.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Diese Aussprache zeigt, wie wichtig die Befassung mit dem Thema ist, wie viele Verletzungen, wie viel Leid, wie viel Unrecht gestern und heute existieren. Wir wollen diesen Antrag daher in den Fachausschuss überweisen, dort beraten und qualifizieren. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und  
der LINKEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu dem Antrag hat die antragstellende Fraktion die sofortige Abstimmung beantragt. Die Fraktion der SPD beantragt dagegen die Überweisung an den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Digitale Verwaltung, Datenschutz, Informationsfreiheit und zur Umsetzung von Artikel 13 Abs. 6 GG sowie § 25 Abs. 10 ASOG. Über den Überweisungsantrag lasse ich zuerst abstimmen. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne und Linke. Gegenstimmen? – CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Kollege. Ersteres war die Mehrheit. Gibt es Enthaltungen? – Nicht der Fall! Damit ist der Antrag überwiesen.

---

Ich rufe auf

**lfd. Nr. 16:**

**Missbilligung der Ernennung von Dr. Andrej Holm als Staatssekretär für Wohnen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache [18/0066](#)

In der Beratung beginnt die Fraktion der FDP. – Herr Czaja, bitte schön, Sie haben das Wort!

**Sebastian Czaja (FDP):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bedanken, dass wir über die Parteigrenzen hinweg die Sitzung heute in die Verlängerung gebracht haben, um diese notwendige, wichtige Debatte zu führen. Die Beratung zum Antrag der CDU hat das, glaube ich, sehr deutlich gemacht, von welcher Notwendigkeit der Austausch in dieser Sache ist und wie unterschiedlich auch die Auffassungen in den Fraktionen der Regierung sind. Sie haben hier einen geschützten Raum, das Parlament, wo Sie genau das diskutieren können, und das hilft. Das hilft vor allen Dingen dann, wenn man seinem eigenen Koalitionsvertrag treu bleiben möchte.

Ich möchte an dieser Stelle mit Erlaubnis des Präsidenten einige Sätze daraus zitieren, denn Sie schreiben:

Für die Koalition ist die Aufarbeitung der jüngeren deutschen und Berliner Geschichte nicht beendet. Wir werden das Gedenken an diese wechselvolle Geschichte unserer Stadt wachhalten.

Aber wachhalten heißt doch nicht, mit Andrej Holm im Senat!

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

Sie meinen damit doch wohl hoffentlich etwas anderes. Und für eine neue Gedenkkultur suchen Sie, wie es hier steht, den Dialog mit Opfergruppen. Den Dialog können Sie morgen beenden, wenn Sie Herrn Holm nicht endlich entlassen, denn das ist eine Farce, was Sie hier machen. Das ist ein Schlag ins Gesicht. Deshalb wird auch hier die